

»Hartz IV«
bleibt
Armut per
Gesetz!

DIE LINKE.

Erwerbslos in Wiesbaden:
Zum Leben hat es nicht gereicht

»Hartz IV«
bleibt
Armut per
Gesetz!

DIE LINKE.

Erwerbslos in Wiesbaden:
Zum Leben hat es nicht gereicht

17.10. – Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut

Millionen von erwerbslosen und zunehmend zu Niedriglöhnen Beschäftigte sind auf Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) angewiesen. Dies ist ein Überleben in Armut.

Können Sie sich vorstellen im Regelsatz von derzeit 374 Euro im Monat nur

- 132,77 Euro für Lebensmittel
- 31,42 Euro für Bekleidung & Schuhe
- 31,27 Euro für Wohnen, Energie (Kochen, Licht, Warmwasser) und Instandhaltung
- 23,56 Euro für Mobilität, inklusive Bus und Bahn
- 41,29 Euro für gesellschaftliche Teilhabe (Sport, Theater, Kino, etc.)
- 1,42 Euro für Bildung
- ...und übrigens 0 Euro für Tabakwaren und alkoholische Getränke

zur Verfügung zu haben?

Haben Sie Kinder? Diese erhalten unter 15 Jahren nur 60% davon, Jungerwachsende zwischen 15 und 25 Jahren nur 80%.

Spätestens zur vierten Woche ist Ihr Armutsbudget aufgebraucht. Dies waren aber bereits drei Wochen

- ständige Unsicherheit
- dauerhafte Mangelernährung
- eingeschränkte Mobilität
- unbezahlbare Bildung
- Ausgrenzung
- Verschuldungsrisiko

So müssen wir nicht weiter leben! Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht allen ein menschenwürdiges Leben zu. In Wiesbaden gibt es Stadtteile in denen inzwischen jedes zweite Kind in Armut lebt. Dem gegenüber steht die höchste Millionärsdichte in ganz Deutschland – nirgends klafft die Schere zwischen arm und reich so sehr auseinander wie hier.

Wir fordern:

- Existenz sichernde Arbeitsplätze
- Gesellschaftliche Teilhabe statt Ausgrenzung
- Ein selbstbestimmtes Leben in Würde, statt Demütigung an den Tafeln oder bei den Behörden
- Sofortige Abschaffung der Sanktionen

Im ersten Schritt:

- ein Regelsatz von mindestens 500 Euro
- ohne Abschläge für Familienangehörige
- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde
- Armut bekämpfen – vorhandenen Reichtum umFAIRteilen

DIE LINKE.
Kreisverband Wiesbaden

www.dielinke-wiesbaden.de

Übrigens: Unterstützung und Beratung erhalten Betroffene bei:

Linke Hilfe Wiesbaden e.V., Römerberg 9, 65183 Wiesbaden

Kostenlose Beratung: dienstags und donnerstags zwischen 10 und 14 Uhr

17.10. – Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut

Millionen von erwerbslosen und zunehmend zu Niedriglöhnen Beschäftigte sind auf Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) angewiesen. Dies ist ein Überleben in Armut.

Können Sie sich vorstellen im Regelsatz von derzeit 374 Euro im Monat nur

- 132,77 Euro für Lebensmittel
- 31,42 Euro für Bekleidung & Schuhe
- 31,27 Euro für Wohnen, Energie (Kochen, Licht, Warmwasser) und Instandhaltung
- 23,56 Euro für Mobilität, inklusive Bus und Bahn
- 41,29 Euro für gesellschaftliche Teilhabe (Sport, Theater, Kino, etc.)
- 1,42 Euro für Bildung
- ...und übrigens 0 Euro für Tabakwaren und alkoholische Getränke

zur Verfügung zu haben?

Haben Sie Kinder? Diese erhalten unter 15 Jahren nur 60% davon, Jungerwachsende zwischen 15 und 25 Jahren nur 80%.

Spätestens zur vierten Woche ist Ihr Armutsbudget aufgebraucht. Dies waren aber bereits drei Wochen

- ständige Unsicherheit
- dauerhafte Mangelernährung
- eingeschränkte Mobilität
- unbezahlbare Bildung
- Ausgrenzung
- Verschuldungsrisiko

So müssen wir nicht weiter leben! Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht allen ein menschenwürdiges Leben zu. In Wiesbaden gibt es Stadtteile in denen inzwischen jedes zweite Kind in Armut lebt. Dem gegenüber steht die höchste Millionärsdichte in ganz Deutschland – nirgends klafft die Schere zwischen arm und reich so sehr auseinander wie hier.

Wir fordern:

- Existenz sichernde Arbeitsplätze
- Gesellschaftliche Teilhabe statt Ausgrenzung
- Ein selbstbestimmtes Leben in Würde, statt Demütigung an den Tafeln oder bei den Behörden
- Sofortige Abschaffung der Sanktionen

Im ersten Schritt:

- ein Regelsatz von mindestens 500 Euro
- ohne Abschläge für Familienangehörige
- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde
- Armut bekämpfen – vorhandenen Reichtum umFAIRteilen

DIE LINKE.
Kreisverband Wiesbaden

www.dielinke-wiesbaden.de

Übrigens: Unterstützung und Beratung erhalten Betroffene bei:

Linke Hilfe Wiesbaden e.V., Römerberg 9, 65183 Wiesbaden

Kostenlose Beratung: dienstags und donnerstags zwischen 10 und 14 Uhr